Nr. 4 | 17. November 2023 AZB / 3001 Bern / Post CH AG

FDPDie Liberalen

45. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen



Rückblick auf die Legislatur 2019-2023

In der abgelaufenen Legislatur war das Parlament mit verschiedenen Krisen konfrontiert. Trotz der herausfordernden Umstände erreichte die FDP-Liberale Fraktion verschiedene Erfolge in der Wirtschaftspolitik, in der Energiepolitik, in der Sicherheitspolitik und in der Altersvorsorge.

Acht Neue stellen sich vor

In der neuen Legislatur umfasst die FDP-Liberale Fraktion acht neue Mitglieder. Im «Freisinn» erzählen sie, wie sie den Wahlkampf erlebt haben, was sie in Bundesbern bewegen wollen und wie sie sich auf ihr neues Amt vorbereiten.

Seite 12, 13 und 14



Handlungsbedarf in der Altersvorsorge

Die Sicherung der Altersvorsorge für künftige Generationen gehört zu den grössten Herausforderungen in der Politik. Nächstes Jahr stehen hierzu wichtige Weichenstellungen an. Zuerst geht es um die Sicherung der AHV mittels der Renteninitiative, später steht mit der BVG-Reform die zweite Säule im Fokus.



Ein intensiver Wahlkampf ist zu Ende. In den letzten Monaten haben sich Hunderte Kandidierende, Unterstützer und Helfer für die FDP engagiert. Dafür gebührt ihnen ein grosses Dankeschön! Die freisinnige Basis sorgt dafür, dass liberale Werte wahrgenommen werden. Dies ist angesichts der zahlreichen Herausforderungen umso wichtiger. Führen wir also dieses Engagement weiter – für eine starke Schweiz!

Inhalt

3	Α		Α.	
٠,	/\ ı ı ɾ	s dem	1 // rc	hii.
. 1	AIII	\ []P[]		THIV

- 4/5 Die neue FDP-Liberale Fraktion
- 6/7 Rückblick auf die Legislatur 2019–2023
- 8 Wahlrückblick der FDP International
- 9 Liberale Haltung zeigen
- 10 Wahlrückblick der FDP Frauen
- 11 Kampagnenstart der Renteninitiative
- 12–14 Acht neue Fraktionsmitglieder stellen sich vor
- 15 Spannendes Online-Game für 5G
- 16/17 Neun Fraktionsmitglieder sagen Adieu
- 18/19 Altersvorsorge vor grossen Herausforderungen
- 20 Exportwirtschaft braucht gute Rahmenbedingungen
- 21 Teure linke Lösungen im Gesundheitswesen
- 22 Ausblick auf die Wintersession
- 23 Vermischtes/Kolumne



Liebe Freisinnige

Ein intensiver Wahlkampf liegt hinter uns. Den Gewählten gratuliere ich herzlich. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Allen Engagierten danke ich von Herzen. Für den Ständerat besteht im Hinblick auf die zweiten Wahlgänge noch die Aussicht, die Sitzzahl zu halten. In der kommenden Legislatur stehen richtungsweisende Entscheide an, sei es bei der Altersvorsorge, dem Gesundheitswesen, der Stromversorgung oder der Wirtschaftspolitik und internationalen Vernetzung unseres Landes. Mit den Wahlen wurden die bürgerlichen Kräfte gestärkt, das ist für die Zukunft unseres Landes zentral.

Schweizer Bevölkerung will weiterhin eine bürgerliche Politik

Aber: Wir müssen Verluste im Wähleranteil (-0,7 Prozent) sowie an Sitzen im Nationalrat (-1 Sitz) hinnehmen. Auch wenn die FDP weniger verloren hat, als es die Umfrageergebnisse erwarten liessen, und (trotz Rechenschwierigkeiten des Bundesamts) wir noch immer an dritter Stelle liegen, so kann uns das Wahlresultat selbstverständlich in keiner Weise zufriedenstellen. Wir haben es nicht geschafft, den Bürgerinnen und Bürgern bewusst zu machen, weshalb unsere liberale Politik für sie selber und für unser Land notwendig ist. Die Analyse der Wahlresultate werden wir in Kürze starten. Aus den gewonnenen Erkenntnissen werden wir gezielte Massnahmen in die Wege leiten, um die FDP wieder auf den Erfolgsweg zu bringen.

Anpacken und die Schweiz stark machen

Der Wohlstand für die Menschen in der Schweiz fällt nicht vom Himmel, sondern muss tagtäglich erarbeitet werden. Dafür kämpfen wir weiter! Wir kämpfen für eine starke und innovative Wirtschaft, für gesicherte Sozialwerke sowie Sicherheit und Versorgungssicherheit für alle. Wir gehen die Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Zuversicht an, um die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Krisen der letzten Jahre zwingen uns zu mehr Realitätssinn; sie haben gezeigt, dass Freiheit, Gemeinsinn und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

FDP erwartet von Mitte und SVP konstruktive Mitarbeit

Angesichts der grossen Herausforderungen erwarte ich von der Mitte und der SVP mehr konstruktive Mitarbeit zugunsten tragfähiger Lösungen. So stimmen wir schon bald über die Zukunft der AHV ab. Einerseits wollen die SP und die Grünen mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente das System in unverantwortlicher Weise ausbauen. Diese Forderung ist schlicht nicht finanzierbar, das wichtigste Sozialwerk würde an die Wand gefahren. Auf der anderen Seite übernimmt die FDP zusammen mit den Jungfreisinnigen Verantwortung und schlägt mit der Renteninitiative eine pragmatische Lösung für eine Sicherung der AHV vor. Sowohl die Mitte wie auch die SVP verkennen die Realität und verweigern sich der nachhaltigen Lösung. Lasst uns gemeinsam kämpfen für unsere Initiative und für gesicherte Renten auch für künftige Generationen!

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP. Die Liberalen Schweiz

Mrs.

Aus dem Archiv

Nr. 5 / 25. Oktober 2013 AZB / 3001 Berr

FDP

Die Liberalen



SCHWEIZER FREISINN

FDP Frauen Sessionsbericht

Nachruf Pankraz Freitag ENHK-Gutachten

Sicherheitspolitil Einheitskasse

Unter Freisinnige

17/18/19/20/21

35. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offiz

Eine gemässigte Erhöhung ist angebracht

100 Franken pro Jahr für die Benut-

Mit Innovationskraft zur Weltspitze

Wer behauptet, die Schweiz verfüge über wenig Rohstoffe, tut ihr Unrecht. Vielleicht fehlen Kohle, Öl oder G

Innovation und Tradition

Der «Freisinn» vor 10 Jahren

Die Oktober-Ausgabe des «Freisinns» im Jahr 2013 beleuchtete die Anstrengungen der FDP Schweiz für den Innovationsstandort Schweiz. Leider musste sich der «Freisinn» auch mit dem unerwarteten Tod des Glarner Ständerates Pankraz Freitag befassen, der der Partei bis heute in Erinnerung ist.

In Rankings, die die Innovationskraft von Staaten untersuchen, schwingt die Schweiz oft obenaus. Der Innovationsstandort ist aber keineswegs naturgegeben, sondern muss stets aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Die FDP hat dies schon lange erkannt und sich im Herbst 2013 intensiv mit dem Thema Innovationskraft befasst. Auch der «Freisinn», der im Oktober vor zehn Jahren erschien, widmete sich dem Thema. Nationalrat Christian Wasserfallen umriss im «Freisinn», was die FDP in ihrem damals verabschiedeten Positionspapier Innovationspolitik forderte: «Der Staat soll dafür sorgen, dass es in der Schweiz für Unternehmen in allen Belangen einfacher ist als bei der Konkurrenz.» Und weiter: «Der Wissensaustausch bei Innovationsprojekten zwischen öffentlichen Forschungsinstituten und Entwicklungszentren der Privatwirtschaft muss klarer koordiniert werden und auf die KMU-Landschaft ausgerichtet werden.» Eine zentrale Forderung des Positionspapiers war die Realisierung eines Innovationsparks. Diese wurde mittlerweile erfüllt. Dank des grossen Einsatzes des mittlerweile zurückgetretenen Ständerates Ruedi Noser wurde auf dem Areal des Flughafens Dübendorf ein solcher Innovationspark realisiert.

Im Garten von Christa Markwalder

Neben Innovation befasste sich der «Freisinn» vom Oktober 2013 auch mit Tradition. Anlässlich des Eidgenössischen Schwing- und Älplerfestes, das 2013 in Burgdorf stattfand, lud die damalige Nationalrätin Christa Markwalder zahlreiche Fraktionsmitglieder zu sich nach Burgdorf ein, wo sie in ihrem Garten einen Apéro offerierte.

Leider musste sich der «Freisinn» vor zehn Jahren auch einem traurigen Thema widmen. Anfang Oktober 2013 verstarb der Glarner Ständerat Pankraz Freitag unerwartet. Der Glarner Regierungsrat Andrea Bettiga würdigte in einem Nachruf das Wirken von Freitag: «Sein Werdegang verkörpert den klassischen Bildungsfreisinn. Eigenverantwortung, aber auch Disziplin und Durchhaltevermögen prägten den Glarner. Pankraz Freitag packte an und verstand es, sowohl Probleme wie auch Lösungsansätze aufs Parkett zu bringen.»

Der «Freisinn» vom Oktober 2013 beleuchtete ausserdem die bevorstehenden Abstimmungen. Während die 1:12-Initiative der Juso und die SVP-Familieninitiative von der FDP erfolgreich

Ein ruhiger Chrampfer

Der Auftritt in der «Arena» vom 4. Oktober war Pankraz Freitags letzte politische Tä Vollkommen überraschend verstarb der Glarner Ständerat noch in derselben Nacht verliert einen wertvollen Freund, einen «Chrampfer», einen geschätzten Parteikolle grossartigen Menschen. Der Trauerfamilie spricht Andrea Bettiga sein herzliches B

Stets eine gute Figur



abgewehrt wurden, setzte es bei der Erhöhung der Vignettenpreise eine Niederlage ab.

Differenz zwischen Jungfreisinn und FDP

Um die Strassenfinanzierung ging es auch bei der sogenannten Milchkuh-Initiative, die sich zu diesem Zeitpunkt erst im Sammelstadium befand. Sie forderte, dass die Steuern und Abgaben der Autofahrer ausschliesslich der Finanzierung des Strassenverkehrs zugutekommen sollen. Dabei offenbarte sich eine Differenz zwischen den Jungfreisinnigen und der FDP Schweiz. Während sich die Jungpartei für die Initiative aussprach, wurde sie von der Mutterpartei abgelehnt, weil sie zu weit ging. Im «Freisinn» erhielten beide Positionen Platz, um für ihre Argumente zu werben, was das breite Meinungsspektrum der FDP gut veranschaulichte. Die Milchkuh-Initiative wurde übrigens 2016 von der Bevölkerung deutlich abgelehnt.

Marco Wölfli



Lesen Sie den ganzen «Freisinn» vom Oktober 2013

Fokus

Nationalrat

























































Bereit für die neue Legislatur

Übersicht der neuen FDP-Liberalen Fraktion

Am 4. Dezember beginnt die neue Legislatur. In der Altersvorsorge, in der Finanzpolitik und in der Energiepolitik warten grosse Herausforderungen auf das Parlament. Die erneuerte FDP-Liberale Fraktion ist bereit, diese Herausforderungen anzugehen und liberalen Lösungen zum Erfolg zu verhelfen.

Ständerat





Pascal Broulis, VD



Andrea Caroni, AR





Johanna Gapany, FR



Petra Gössi, SZ



Matthias Michel, ZG





Damian Müller, LU



Hans Wicki, NW

Fokus

Die FDP-Liberale Fraktion konnte im Nationalrat verschiedene Erfolge feiern. Fotos: Parlamentsdienste



FDP-Legislaturbilanz 2019 – 2023

Die vergangene Legislatur war durch verschiedene Krisen geprägt: die Covidpandemie, der Ukraine-Krieg, der Untergang der Credit Suisse. Trotz dieser turbulenten Zeiten gelangen der FDP-Liberalen Fraktion verschiedene Erfolge.

Wirtschaft

Aufhebung der Industriezölle

Ein zentraler Erfolg gelang in der Herbstsession 2021 mit der Aufhebung der Industriezölle und der Vereinfachung der Zolltarifstruktur. Zur grossen Freude der FDP und des Wirtschaftsstandorts Schweiz wurde in der Beratung auf eine Staffelung der Abschaffung verzichtet. Die beschlossene komplette Aufhebung der Industriezölle entlastet den Werkplatz und wird die Kosten für Konsumenten und für Branchen, welche auf Importe solcher Produkte angewiesen sind, senken. Nicht nur Zollkosten, sondern auch administrative Kosten fallen weg. Gerade in Zeiten der Coronakrise war die Aufhebung der Industriezölle ein einfaches und unbürokratisches Mittel, um die Wirtschaft zu stärken. Das hartnäckige Engagement der FDP bei dieser Vorlage zahlte sich aus, und eine langjährige Forderung der FDP konnte erfüllt werden (ein Referendum wurde nicht ergriffen).

Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital

Bereits 2009 hat die FDP-Liberale Fraktion eine

parlamentarische Initiative eingereicht, welche die schrittweise Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Stempelsteuern forderte. Nachdem die Vorlage in mehrere Entwürfe aufgeteilt worden war, beschloss der Ständerat die Sistierung der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Nach rund sieben Jahren Sistierung und im Lichte der Coronakrise wurden die Arbeiten zur Abschaffung der Emissionsabgabe wieder aufgenommen. Die definitive Abschaffung in der Sommersession 2021 konnte in beiden Räten mit einer deutlichen Mehrheit erreicht werden, was als grossen Erfolg für die FDP zu werten ist. Die nachfolgende Volksabstimmung im Februar 2022 ging bedauerlicherweise verloren.

Abschaffung der Verrechnungssteuer

In der Wintersession 2021 konnte auch mit der längst überfälligen Reform der Verrechnungssteuer ein Erfolg verbucht werden. Sie geht auf eine langjährige Forderung der FDP zurück, die zum Ziel hat, die Wettbewerbsnachteile, welche sich die Schweiz mit dem aktuellen Verrechnungssteuersystem selbst schafft, zu beseitigen. Konkret

soll mit der Reform die Verrechnungssteuer auf inländischen Zinserträgen weitgehend abgeschafft und die Umsatzabgabe auf Schweizer Obligationen aufgehoben werden. Damit soll es beispielsweise attraktiver werden, in der Schweiz Obligationen zu emittieren. Da die Abstimmung leider knapp verloren ging, braucht es andere Massnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu stärken.

Umsetzung der OECD-Mindeststeuer

In der Wintersession 2022 haben die beiden Räte in der Schlussabstimmung die Vorlage zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer verabschiedet. Die Nein-Stimmen im Nationalrat kamen dabei von den Ratslinken (im Ständerat kam die Vorlage fast einstimmig durch). Obschon die Linke stets für eine höhere Besteuerung von Grossunternehmen plädiert, empfanden sie die Vorlage als ungerecht und stiessen sich insbesondere am Verteilerschlüssel der Ergänzungssteuereinnahmen zwischen Bund und Kantonen von 25:75. Am 18. Juni 2023 stimmte das Volk in einer Volksabstimmung dem Projekt zu (78,5% Ja).

Sozialversicherungen/Gesellschaft

AHV 21

Nach vielen gescheiterten Versuchen und Reformen haben die Schweizerinnen und Schweizer am 25. September 2022 eine Reform der AHV angenommen. Die FDP spielte mit ihren konstruktiven Vorschlägen und ihrer Kompromissbereitschaft eine Schlüsselrolle in diesem Dossier und übernahm den Lead im Abstimmungskampf. Dank der AHV 21 erhält die AHV ein paar Jahre Zeit, doch eine nächste Reform ist unumgänglich. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen bietet eine Lösung für nachhaltige finanzielle Stabilität der ersten Säule.

BVG-Reform

In der Frühlingssession 2023 hat das Parlament eine Reform der zweiten Säule (BVG) verabschiedet und diese dabei umfassend modernisiert. Die FDP hatte bereits während der Debatte über die Reform AHV 21 angekündigt, dass sie sich für eine BVG-Reform zugunsten der Frauen und der Geringverdiener einsetzen werde. Dieses Versprechen wurde nun eingelöst. Beide Kammern haben sich mit der Senkung der Eintrittsschwelle darauf geeinigt, künftig deutlich mehr Menschen einen Zugang zur zweiten Säule zu ermöglichen. All diejenigen, die bis anhin nicht versichert waren, werden nicht nur von besseren

Renten profitieren, sondern auch im Todesfall oder bei Invalidität abgesichert sein.

FDP gibt Impulse für ein digitalisiertes Gesundheitswesen

Künftig müssen Rezepte für Heilmittel grundsätzlich elektronisch ausgestellt und digital verschickt werden. Dies hat das Parlament auf Antrag unserer Nationalrätin Regine Sauter und gegen den Willen des Bundesrates beschlossen. Nebst wichtigen Effizienzgewinnen stärkt die angenommene Motion die Sicherheit der Patienten (weniger Rezeptfälschungen und Medikationsfehler). Ebenfalls angenommen wurde eine Motion unseres Nationalrats Andri Silberschmidt, welcher die Stärkung der digitalen Kompetenzen des Gesundheitspersonals gefordert hatte.

Revision Sexualstrafrecht unter Dach und Fach

Nach einem gefühlt ewig langen Kampf in den Medien und im Ratssaal konnte das Parlament die fortschrittliche Revision im Sexualstrafrecht besiegeln. Der Nationalrat konnte sich im zentralen Punkt der Vorlage auf die Kompromisslösung (Widerspruchslösung inkl. Social Freezing) einigen. Von linker Seite wurde erfolglos versucht, nochmals die Zustimmungslösung ins Spiel zu bringen. Dies zeigt wiederum auf, dass ihnen der Wahlkampf, geführt von einer Symbolpolitik, wichtiger ist als mehrheitsfähige Lösungen im Parlament.



In der letzten Legislatur fungierte der Ständerat oft als bürgerliches Korrektiv.

Energie

Energiesicherheit

Der Mantelerlass für eine sichere Stromversorgung ist eine wichtige Grundlage für die Energiezukunft der Schweiz. Hier werden die Weichen für die Energiepolitik bis ins Jahr 2050 gestellt. Der Stromverbrauch wird bis dahin massiv zunehmen, da die Elektrifizierung voranschreitet und immer weniger fossile Brennstoffe genutzt werden. Um diesen Mantelerlass zu schaffen, haben die beiden Räte beschlossen, im Energie-, im Stromversorgungs- und im Raumplanungsgesetz zahlreiche Massnahmen zu verankern. Dennoch ist die Schweiz auch mit dem Mantelerlass nicht aus dem Schneider. Das Land braucht viel mehr Strom. Um die drohende Stromlücke zu beheben, braucht die Schweiz zwingend ein Grosskraftwerk und eine Überarbeitung der Energiestrategie. Dazu hat die FDP eine Fraktionsmotion eingereicht.

CO₂-Gesetz

Die Revision des CO₂-Gesetzes hat zum Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Netto-Null bis 2050, was die Bevölkerung 2023 mit dem Ja zum Klimagesetz bekräftigt hat. Die Vorlage des Bundesrates entstand unmittelbar nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes im Juni 2021. Deshalb verzichtet die Vorlage auf neue oder höhere Abgaben, auf Gebote und Verbote, aber auch auf den Ausbau marktwirtschaftlicher Instrumente. Erfreulicherweise hat der Ständerat dennoch einige Elemente aufgenommen, welche die FDP bereits kurz nach der Volksabstimmung gefordert hatte.

Sicherheit

Neue Kampfflugzeuge

Ganz zu Beginn der neuen Legislatur in der Wintersession 2019 fällte das Parlament eine wichtige sicherheitspolitische Entscheidung und einigte sich auf den Rahmen für den Kauf neuer Kampfflugzeuge. Der vom Parlament verabschiedete Planungsbeschluss umfasste einen Budgetrahmen von maximal 6 Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Flugzeuge. Wie zu erwarten war, wurde auch gegen diesen Beschluss ein Referendum von links ergriffen. In einem emotional geführten Abstimmungskampf konnte im Herbst 2020 nur dank des grossen Einsatzes der FDP-Kampagne ein knappes Ja (50,1%) erzielt werden.

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Seit den Anschlägen von Paris im Jahr 2015 haben terroristisch motivierte Täter in Europa mehrere Dutzend Attentate verübt. Um terroristische Anschläge verhindern zu können, haben Bundesrat und Parlament mit dem Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) eine neue rechtliche Grundlage geschaffen. Die FDP hat zusammen mit der damals federführenden Bundesrätin Karin Keller-Sutter in der parlamentarischen Beratung eine zentrale Rolle gespielt, um einen mehrheitsfähigen Kompromiss mit verhältnismässigen Massnahmen zu zimmern. Die Volksabstimmung im Sommer 2021 konnte dank des tatkräftigen Einsatzes der FDP und ganz im Sinne des Grundsatzes «Keine Freiheit ohne Sicherheit» mit 56,6 Prozent gewonnen werden.

Kriegsmaterialgesetz

Die Initiative der SiK-S (23.402), die auf einer Motion von Ständerat Thierry Burkart basiert, wurde von der kleinen Kammer in der zweiten Woche der Sommersession 2023 behandelt und mit 22 zu 17 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) angenommen. Die Linke und einige Ständeräte der SVP und der Mitte waren dagegen. Leider lehnte der Nationalrat in der Herbstsession mit 135 zu 48 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Initiative ab und folgte damit dem Antrag seiner Kommission. Um es kurz zu machen: Alle Parteien ausser der FDP und der Mitte lehnten den Vorschlag ab.

FDP International

Auslandschweizer sind weltweit anzutreffen. Foto: Swiss Society of New York



Die Wahlen 2023 sind Geschichte, die Resultate werden von Politologen, Parteivorständen und Medien analysiert und diskutiert. Die FDP International liefert einen Überblick aus Sicht der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer.

Wer als Schweizer seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt, behält sein Stimm- und Wahlrecht. Um dieses wahrzunehmen, muss man sich via Konsulat ins Stimmregister eintragen lassen, im letzten Wohnort oder dem Heimatort. Von den gut 800 000 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern weltweit (in allen Ländern ausser in Nordkorea, Turkmenistan und ein paar Südseeinseln) haben rund 228 000 oder knapp 29 Prozent dies getan. Damit beträgt der Anteil der Stimmenden und Wählenden aus dem Ausland rund 4,1 Prozent aller Stimmberechtigen. Die Verteilung auf die Kantone reicht von 586 Personen in Appenzell-Innerrhoden bis zu 34641 in Zürich. Prozentual fallen die wählenden Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in Genf mit 15 Prozent und in Basel-Stadt mit 9,2 Prozent besonders ins Gewicht.

Nun müsste man meinen, die Stimmbeteiligung dieser Wählenden wäre besonders hoch, da sie ja aktiv ihr Mitbestimmungsrecht beantragt haben. Auswertungen zeigen aber, dass durchschnittlich nur ca. 25 Prozent tatsächlich an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen. Nicht jedes Thema hat für alle die gleiche Dringlichkeit, und es ist nicht immer der gleiche Viertel, der seine Stimme abgibt. Bei Wahlen ist die Beteiligung in der Regel tiefer als bei Abstimmungen, da sich der Wahlkampf vor allem in der Schweiz abspielt und die Kandidierenden im Ausland oft wenig bekannt sind. Als FDP International versuchen wir Gegensteuer zu geben mit gezielter Information im Aus-

land, doch gestalten sich solche Kampagnen schwierig.

Nicht jede Stimme zählt

Erklären lässt sich die tiefe Wahlbeteiligung auch damit, dass geschätzt ein Viertel der Stimmberechtigten im Ausland die nötigen Unterlagen nicht rechtzeitig oder gar nicht erhält.

Das gilt vor allem für Latein- und Südamerika, Afrika, Teile von Asien, Ozeanien, und ja, teilweise auch Europa. Als Wählende in der Türkei kann ich maximal bei jedem vierten Urnengang teilnehmen.

Bei den eidgenössischen Wahlen stand in den Kantonen Basel-Stadt, St. Gallen und Thurgau wieder ein E-Voting-System zur Verfügung. Mehr als die Hälfte der Stimmenden im Ausland nutzten diesen Kanal. In Basel-Stadt zum Beispiel stieg dadurch die Wahlbeteiligung von 19,2 Prozent auf 23,8 Prozent. Es ist zu hoffen, dass sich weitere Kantone durch die positiven Erfahrungen zur Einführung von E-Voting durchringen. Solange die Unterlagen aber noch per Post verschickt werden, bringt E-Voting nur beschränkt Verbesserungen. Wenn die nötigen Codes nicht eintreffen, nützt auch E-Voting nichts. Deshalb fordern wir weiterhin, dass auch der Versand digital erfolgen kann. Die Einführung einer E-ID würde dies vereinfachen.

So stimmen und wählen die Auslandschweizer

In zwölf Kantonen werden die Stimmen der Auslandschweizer separat ausgewertet. Die Erkenntnis

Erfahrungsbericht eines Wählers

Als Stimm- und Wahlberechtigter im Kanton Luzern konnte ich von 2010 bis und mit Mai 2019 elektronisch abstimmen, hatte also weniger zeitlichen Druck, das Material rechtzeitig in die Schweiz zurückzusenden. Der Postweg sowohl in die USA als auch aus den USA zurück in die Schweiz kann leider bis zu mehreren Wochen dauern. Diesmal musste ich wieder brieflich abstimmen, da E-Voting nicht zur Verfügung stand. So habe ich auch keine Möglichkeit zu erfahren, ob und wann das Stimmcouvert in der Schweiz angekommen ist. Als einer von acht Delegierten aus den USA im Auslandschweizer-Rat ist E-Voting eines meiner primären Anliegen. Bei den Erneuerungswahlen in vier Jahren sollte es hoffentlich schweizweit zur Verfügung stehen.

Das Resultat der FDP in den Wahlen 2023 ist bedauerlich, aber auch nicht erstaunlich. Der Trend zur Radikalisierung ist weltweit zu beobachten, nicht zuletzt auch in meinem Wohnland, den USA. Die Gründe dafür sind vielfältig, darauf einzugehen, sprengt den Rahmen dieser Perspektive.

Kommt dazu, dass Vorfälle im Wirtschaftsbereich nicht hilfreich waren (Credit Suisse), und dass es möglicherweise auch an einer klaren und deutlichen Abgrenzung in bestimmten Sachgebieten zu anderen Parteien gefehlthat (z. B. Lohngleichheit, kinder- und familienfreundliche Arbeitsmodelle).

Persönlich habe ich mich zu jeder Zeit bei der FDP heimisch gefühlt – als Teenager beim Jungfreisinn im Kanton Zürich, später bei den Jungliberalen im Kanton und der Stadt Luzern mit aktiver Teilnahme an den Grossratswahlen 1995

Was mir zu denken gibt, ist die tiefe Stimmbeteiligung, hier gibt es Aufholbedarf. Das Schweizer Stimm- und Wahlrecht ist nicht so sehr ein Recht als vielmehr ein Privileg. Machen wir es uns zur Pflicht, diesem Privileg Sorge zu tragen und es bei jeder Gelegenheit aktiv zu nutzen.

Daniel Rahm, seit 23 Jahren in den USA wohnhaft, Mitglied FDP International

daraus: Deren Wahlverhalten weist ähnliche Tendenzen auf wie der gesamtschweizerische Durchschnitt – also Gewinne für SP, SVP und die Mitte, Verluste für FDP, GLP und die Grünen. Die Grünen verloren im Ausland im Vergleich zu 2019 ganze 5,4 Prozentpunkte, dennoch bleibt das Auslandschweizer Elektorat weiterhin linker und grüner als die Inländer/-innen. Hier besteht Handlungsbedarf.

Helen Freiermuth, Präsidentin FDP International

Geschlechtergerechte Sprache sollte kein Kampffeld sein. Foto: iStock/marchmeena29



Die Debatte über geschlechtergerechte Sprache wird von der SP und der SVP dominiert. Während die Linke neue Schreibweisen aufzwingen will, bemüht sich die Rechte um Verbote. Es ist Zeit, dass die FDP die liberale Antwort bringt und sich gegen Verbote und Zwang positioniert.

Zu Recht stellt sich die Frage zur politischen Relevanz der gendergerechten Sprache. Schliesslich haben wir offensichtlich andere Probleme. Laut Sorgenbarometer (2022) beschäftigen Herr und Frau Schweizer der Umweltschutz, die Altersvorsorge und Energiefragen am meisten. Derweil ist geschlechtergerechte Sprache unter den «Top 20»-Sorgen der Bevölkerung nicht zu finden.

Die geschlechtergerechte Sprache (oder «gendern») wurde trotzdem zum Politikum und Gegenstand des Kulturkampfes. Das Thema ist omnipräsent auf Online-Plattformen und in den Medien. Gemeint mit «Gendern» ist in der deutschen Sprache beispielsweise Genderstern, Binnen-I oder Doppelpunkt. In Frankreich soll das Gendern verboten werden, sodass sogar Verträge an Rechtsgültigkeit verlieren können, wenn die verbotene Sprache genutzt wird.

Politische Vorstösse

Eine SP-Nationalrätin forderte in einer chancenlosen Motion, dass der Genderstern auf Verwaltungsebene eingeführt wird. Derweil wurde von der Zürcher SVP die städtische Initiative «Tschüss Genderstern» eingereicht, welche den Genderstern unter anderem in offiziellen Dokumenten verbietet. Dies ist auch eine Gegenreaktion darauf, dass in der Vergangenheit im Zürcher Gemeinderat ein SVP-Vorstoss zurückgewiesen wurde, da er nicht «gendergerecht» formuliert war. Dies aufgrund von Richtlinien des Büros des Gemeinderates.

Aus meiner Sicht ist es inakzeptabel, dass ein Vorstoss aufgrund fehlenden Gendersterns zurückgewiesen wird. Gleichwohl sollte auch kein Vorstoss aufgrund der Präsenz des Gendersterns zurückgewiesen werden. Auch das Verbot des Gendersterns in Frankreich und die mögliche Un-



Jill Nussbaumer

gültigkeit von Dokumenten mit Genderstern sind problematisch. Genau diese Position, welche weder das Verbot noch den Zwang von Schreibweisen fordert, scheint im politischen Diskurs völlig zu fehlen.

Einzig bei staatlichen Akteuren macht es Sinn, dass sprachliche Richtlinien umgesetzt werden, so, wie die meisten Firmen interne Richtlinien zum Sprachgebrauch festlegen. So definiert der Bund in einem Leitfaden auf 192 Seiten die geschlechtergerechte Sprache. Kurz zusammengefasst: In der Regel soll die Paarform genutzt werden (z. B. Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner). Die ausschweifenden Richtlinien für Personen ausserhalb der Verwaltung anzuwenden, wäre eine wahre Zumutung.

Debatte nicht den Polparteien überlassen

Die Debatte über die geschlechtergerechte Sprache sollte nicht SVP und SP überlassen werden. Als Liberale spreche ich mich gleichermassen gegen Zwänge und Verbote aus. Die Entscheidung über den Sprachgebrauch sollte Vereinen, Milizpolitikern und der Zivilgesellschaft frei überlassen werden. Die Ungültigkeit von Vorstössen oder Verträgen aufgrund von Schreibweise ist absurd. Weder ein Verbot des Genderns noch ein Zwang zum Genderstern bringen eine valable Lösung. Die staatlichen Institutionen hingegen sollen sich an die Richtlinien des Bundes halten. Ein Sprach- und Grammatikgesetz ist nicht notwendig.

Jill Nussbaumer, Kantonsrätin ZG und Kommunikation FDP Radigal

FDP Frauen

Am 5. Oktober verteilten zahlreiche FDP Frauen Schokolade an verschiedenen Bahnhöfen. Fotos: FDP Frauen





Wahlbilanz aus Frauensicht

Durchzogene Bilanz

Die nationalen Wahlen 2023 sind Geschichte. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Aus Frauensicht war der Wahlsonntag durchzogen.

Im September 2022 hat alliance F eine Wette mit den Präsidien der verschiedenen Parteien abgeschlossen. Parteipräsident Thierry Burkart wettete, dass die FDP-Bundeshausfraktion nach den Wahlen einen Frauenanteil von 40 Prozent aufweist – verglichen mit der letzten Legislatur eine Steigerung von 10,8 Prozent. Wir FDP Frauen Schweiz nahmen diese ambitionierte Wette gerne an und setzten gemeinsam mit den Kantonalsektionen alle Hebel in Bewegung, um mehr FDP Frauen nach Bern zu bringen.

Gute Voraussetzungen auf den Wahllisten

Es ist eine simple «Weisheit»: Je mehr Frauen sich zur Wahl stellen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Frauenanteil in der FDP-Fraktion erhöht. Diesbezüglich dürfen wir auf erfolgreiche Akquisitionsbemühungen verweisen. Auf den Hauptlisten der Kantonalparteien kandidierten 85 FDP Frauen, und zahlreiche weitere liessen sich auf Nebenlisten aufstellen. In den Kantonen St. Gallen, Schwyz und Luzern trat die FDP zudem mit eigenen Frauenlisten an. Dies hat sich ausgezahlt: So hat zum Beispiel im Kanton St. Gallen das sehr gute Ergebnis der Frauenliste mitgeholfen, den bedrohten zweiten FDP-Sitz zu halten. Gesamthaft wurden alle wieder antretenden Nationalrätinnen der FDP-Fraktion (Anna Giacometti,

GR, Simone de Montmollin, GE, Jacqueline de Quattro, VD, Maja Riniker, AG, Regine Sauter, ZH, Daniela Schneeberger, BL, Patricia von Falkenstein, BS, und Susanne Vincenz-Stauffacher, SG) wiedergewählt, und drei neue Kolleginnen kommen dazu (Bettina Balmer, ZH, Kristiane Vietze, TG, und Nadine Gobet, FR). Getrübt wird die Freude dadurch, dass im Kanton Bern der Sitz unserer abgetretenen Kollegin Christa Markwalder nicht verteidigt werden konnte.

Die Ständeratswahlen starteten aus Frauensicht verheissungsvoll: Neben unserer – bisher einzigen – Ständerätin Johanna Gapany, FR, stellten sich in weiteren Kantonen aussichtsreiche Kandidatinnen zur Verfügung. Feiern durften wir in der Folge die Wahl von Petra Gössi, SZ - bereits im ersten Wahlgang! Johanna Gapany verteidigte ihren Sitz im zweiten Wahlgang. Demgegenüber stehen keine weiteren unserer Kandidatinnen im zweiten Wahlgang. Die Gründe sind vielfältig und müssen im Rahmen der Debriefings dringend thematisiert werden, in manchen Kantonen weniger, in anderen mehr. Es bleibt das grosse Bedauern, dass diesen kompetenten Frauen der Einzug in den Ständerat verwehrt bleibt. Namens der FDP Frauen Schweiz danke ich ihnen allen von Herzen für ihren grossen Einsatz. Sie haben gezeigt: Mit FDP Frauen ist auch in Zukunft zu rechnen!



Die FDP Frauen Schweiz haben schwerpunktmässig die Wahlkampfaktivitäten ihrer Kantonalsektionen unterstützt. Neben Wahlwerbung auf Trams, in Poststellen und in öffentlichen Verkehrsmitteln wurde auch mit diversen Standaktionen auf die Kandidatinnen aufmerksam gemacht. Höhepunkt der Wahlkampagne war die gemeinsame nationale Mobilisierungsaktion am 5. Oktober, bei der an diversen Bahnhöfen in der ganzen Schweiz von FDP Frauen Schokolade an Pendlerinnen und Pendler verteilt wurde. Diese fand reissenden Absatz, und die Mobilisierungsaktion wurde auch in der Presse, unter anderem in der NZZ, aufgenommen.

Fazit: Wir sind stolz auf unsere engagierten und kompetenten Kandidatinnen! Der Frauenanteil in der FDP-Nationalratsfraktion beträgt – Stand jetzt – gerundet 40 Prozent und kann sich je nach Ausgang der zweiten Wahlgänge für den Ständerat infolge Nachrückens noch erhöhen. Somit an Thierry Burkart: Wette gewonnen! Und für den Ständerat bleiben wir dran, versprochen!

Susanne Vincenz-Stauffacher

Präsidentin FDP Frauen Schweiz

Bildlegende: Gemeinsam kämpfen die Jungfreisinnigen für sichere Renten. Foto: JF



Nach den Wahlen ist vor den Abstimmungen. Der Bundesrat hat unsere Renteninitiative sowie die Initiative für eine 13. AHV-Rente als Abstimmungsvorlagen für den 3. März 2024 bestimmt. Das Herzstück der Altersvorsorge wird also im Mittelpunkt der Diskussionen stehen.

Eine 13. AHV-Rente ist zwar rasch gefordert, doch ihre Finanzierung ist nicht zu stemmen, ohne dass die AHV-Finanzen noch mehr in Schieflage geraten würden. Die Initiative will mittels Giesskanne allen Rentnerinnen und Rentnern eine zusätzliche Monatsrente auszahlen, ungeachtet ihrer Bedürfnisse. Das ist aus liberaler Sicht unannehmbar. Der Staat muss bedürftigen Menschen mit gezielten Massnahmen helfen. Die Initiative vergisst diesen Grundsatz völlig und gaukelt der Bevölkerung finanzielle Versprechen vor, die nicht einzuhalten sind.

Mit der Renteninitiative bieten die Jungfreisinnigen einen tauglichen Vorschlag, um die AHV zu sanieren und auch kommenden Generationen eine Rente zu sichern – ohne Steuererhöhungen oder Rentenkürzungen. Wie das gelingt: Wir wollen das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung anpassen, da diese erfreulicherweise gestiegen ist.

Weniger Beitragszahler, mehr Rentner

Denn, während die Menschen bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 nach ihrer Pensionierung noch rund 13 Jahre gelebt haben, sind es heute 20 Jahre für Männer und 23 Jahre für Frauen. Das ist natürlich eine gute Entwicklung, belastet aber zunehmend auch die AHV. Gleichzeitig ist es so, dass der einzelne AHV-Rentner von immer weniger Beitragszahlern finanziert wird. Wurde ein Rentner 1948 von sechs Erwerbstätigen finanziert, sind es heute drei, also die Hälfte. Da die Generation der Babyboomer in den Ruhestand geht, könnte diese Zahl auf zwei sinken. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung.

Damit alle Generationen auf eine anständige Rente hoffen können, investieren wir Jungfreisinnigen unsere Energie für die Renteninitiative. Denn wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, soll auch im Ruhestand in Würde leben können. Und dafür brauchen wir eine starke, finanziell sanierte und nachhaltige erste Säule. Damit alle Generationen von anständigen Renten profitieren können. Deshalb Ja zur Renteninitiative.

Gabrielle De Simone

Generalsekretärin Jungfreisinnige Schweiz

Inhalt der Renteninitiative

Ziel der Renteninitiative ist es, eine nachhaltige Lösung für die Altersvorsorge zu finden. Die Renteninitiative sichert die AHV langfristig, indem das Rentenalter in einem ersten Schritt bis 2032 auf 66 erhöht und anschliessend mit der Lebenserwartung verknüpft wird. So wird das Rentenalter entpolitisiert und die Renten bleiben auch in Zukunft gesichert.

Die Renteninitiative in zwei Schritten:

- 1. Die Erhöhung des Referenzalters von Männern und Frauen auf 66 Jahre bis ins Jahr 2032
- > Die genaue Umsetzung nach Annahme der AHV 21 hängt vom Bundesrat ab.
- 2. Die Verknüpfung des Rentenalters an die durchschnittliche Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung im Alter von 65 Jahren mit dem Faktor 0,8
- > Die Anpassung erfolgt jährlich in Schritten von höchstens zwei Monaten.
- > Betroffene Personen werden fünf Jahre vor Erreichen des Rentenalters informiert.

Das Anliegen ist moderat, besonders im europäischen Kontext. Deutschland, Frankreich, Italien, England und weitere Staaten haben das Rentenalter 67 längst beschlossen und dieses teilweise ebenfalls mit der Lebenserwartung verknüpft.

Die Renteninitiative überzeugt, weil sie Fairness für künftige Generationen schafft, denen heute das Stimmrecht fehlt. Dank der Renteninitiative bleiben der Generationenvertrag und die Solidarität zwischen Jung und Alt gewahrt, Renten werden nicht gekürzt und Steuern oder Lohnabgaben nicht weiter erhöht. Die Initiative ist flexibel und ermöglicht weiterhin tiefere Rentenalter mit sozialpartnerschaftlichen Branchenlösungen (zum Beispiel in der Baubranche).

Herzlich willkommen!

Acht neue Fraktionsmitglieder stellen sich vor

Wenn am 4. Dezember die neue Legislatur beginnt, treten auch acht neue Freisinnige ihr Amt in der FDP-Liberalen Fraktion an. Hier erzählen sie, worauf sie sich freuen, was sie im Parlament bewegen wollen und wie sie sich vorbereiten.



Benjamin Mühlemann, Ständerat GL

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war ein eher ruhiger Wahlkampf. Ich spürte grosse Unterstützung aus der Bevölkerung und habe mich gefreut, dass sich dieser Support am Wahlsonntag auch im Resultat manifestiert hat.

Wofür wollen Sie sich im Ständerat einsetzen?

Im Zentrum steht der Einsatz für die liberalen Werte. Das heisst gute Rahmenbedingungen und wenig Regulierung für Unternehmen und den Werkplatz. Ebenfalls will ich mich für stabile Beziehungen zur EU einsetzen und hoffe, dass wir in dieser Legislatur Nägel mit Köpfen machen können. Als Glarner Ständerat sind mir zudem gute Infrastrukturen, namentlich Strasse und Schiene, für meinen Kanton ein wichtiges Anliegen.

Worauf freuen Sie sich?

Auf die Menschen, sei es in der FDP-Liberalen Fraktion, aber auch ausserhalb der Partei. Und ich freue mich natürlich aufs Mitgestalten.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Die Vorbereitung ist anspruchsvoll, da ich noch bis im Frühling Regierungsrat bin. Das Doppelmandat unter einen Hut zu bringen, wird nicht leicht. Ich werde mich aber so rasch wie möglich in die Dossiers einarbeiten.



Pascal Broulis, Ständerat VD

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Unser Slogan «Wir machen die Schweiz stark» hat mir gut gefallen. Leider haben uns die Themen Migration und Gesundheitspolitik nicht gerade in die Hände gespielt.

Wofür wollen Sie sich im Ständerat einsetzen?

Natürlich setze ich mich generell für unsere Werte Freiheit und Verantwortung ein. Besonders am Herzen liegen mir die Themen Sozialversicherungen, Bildung und Finanzen.

Worauf freuen Sie sich?

Meinen Kanton Waadt zu vertreten. Der Föderalismus ist eine zentrale Stärke der Schweiz.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Mit Ruhe und Entschlossenheit.



Nadine Gobet, Nationalrätin FR

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war eine sehr intensive Zeit, da wir unseren Wahlkampf nahe bei den Leuten geführt haben. Ich war an zahlreichen Veranstaltungen und habe mich mit der Bevölkerung ausgetauscht und den Menschen zugehört. Das war anstrengend, aber auch sehr wertvoll. Schliesslich bin ich als Nationalrätin Volksvertreterin und der Kontakt mit der Bevölkerung ist dabei ein zentrales Element.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Ich leite einen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband, der mehr als 4000 Unternehmen vertritt, die grosse Mehrheit davon KMU mit weniger als zehn Mitarbeitenden. Ich bin also mit den Herausforderungen der KMU-Wirtschaft vertraut und setze mich für gute Rahmenbedingungen von Unternehmen ein, damit wirtschaftliche Erfolge der ganzen Bevölkerung zugutekommen.

Worauf freuen Sie sich?

Ich bin seit über 15 Jahren Grossrätin in Freiburg. Jetzt kommt eine neue Herausforderung, auf die ich mich sehr freue. Ich will meine Ideen und Werte nun auch auf Bundesebene vorantreiben.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Mit grosser Motivation, aber auch Bescheidenheit. Ich hatte bereits Kontakt mit meinem Vorgänger Jacques Bourgeois und anderen Personen, die mir Informationen über die Funktionsweise des Parlaments und der Fraktion gaben.

Neu gewählt







Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war intensiv und anstrengend, aber auch sehr bereichernd. Durch den intensiven Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern erfuhr ich die Erwartungen und Befindlichkeiten direkt und versuche diese als Volksvertreter im Nationalrat verantwortungsvoll umzusetzen.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Das Thema Nummer 1, das die Bevölkerung beschäftigt, sind die - zunehmend unhaltbaren -Krankenkassenprämien. Ausserdem habe ich mich schon lange mit Mobilitätsthemen befasst und will mich dafür einsetzen, dass unser Land ein noch besseres und leistungsfähigeres Strassen- und Schienennetz erhält.

Worauf freuen Sie sich?

Die Vereidigung am 4. Dezember wird sicher spannend, da ich den Prozess bisher nur aus dem Fernsehen kenne.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Ich habe mich bereits während des Wahlkampfs mit den wichtigsten Themen der Bundespolitik auseinandergesetzt und werde dies noch bis zum Legislaturbeginn intensivieren. Als neu gewählter Nationalrat will ich am Anfang vor allem zuhören, lernen und mich in den Kommissionen möglichst zielgerichtet einbringen.



Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Wir waren unterwegs auf der Strasse, auf Märkten, auf Messen. Dabei haben wir das Gespräch mit der Bevölkerung gesucht, um zu verstehen, wo der Schuh drückt und wo ich mich engagieren kann. Auch wenn ich auf einen Erfolg gehofft hatte, war die Ausgangslage anspruchsvoll und die Wahl wenn man das Schlussresultat anschaut - kein Selbstläufer. Insofern bin ich dankbar und erleichtert. Ich danke auch den viele Unterstützerinnen und Unterstützern für ihren Einsatz. Es war unser grossartiges Teamwork, das «Kris nach Bern» möglich gemacht hat.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Viele Menschen sind verunsichert. International ist die Sicherheitslage kritisch und die vielen Herausforderungen in unserem Land selbst beschäftigen die Bevölkerung zu Recht. Die Polparteien präsentieren der Bevölkerung einfache Gründe für die herrschenden Probleme und suggerieren damit noch einfachere Lösungen. Beide wecken mit unterschiedlichen Vorzeichen bei ihren Wählerinnen und Wählern die Sehnsucht nach einem starken Staat, der Geborgenheit bietet. Dabei reicht ein Blick über die Grenzen oder in die Geschichte, um zu erkennen, was passiert, wenn ein übermächtiger Staat die Gesellschaft steuert. Und wahrscheinlich gibt es auch nichts Unschweizerischeres als das. Um die Fragen der Zeit zu lösen, braucht es eine verantwortungsvolle und lösungsorientierte Sachpolitik, welche die Grundlagen in unserem Land sichert - und zum Zusammenhalt beiträgt: Dabei ist eine starke Wirtschaft zentral. Diese macht uns

unabhängig und bildet die Substanz für gesellschaftliche Entwicklungen. Wir brauchen heute mehr denn je machbare und zahlbare Lösungen, die gemeinsam getragen werden. Das ist der einzige Weg, um sicherzustellen, dass unser Land eine freiheitliche, starke und selbstbestimmte Schweiz bleibt. Dazu müssen die Pole, die mit Umverteilung und Migration Daueragitation betreiben, in die realpolitische Pflicht genommen werden - auch wenn sie viel lieber als Volkstribune und Ankläger auftreten, weil das viel mehr Stimmung und Schlagzeilen macht. Ich erwarte, dass sie ihre Verantwortung übernehmen und zu gutschweizerischen Lösungen beitragen.

Worauf freuen Sie sich?

Ich bin mir der grossen Verantwortung bewusst, die ich als Thurgauer FDP-Nationalrätin trage. Ich freue mich auf engagierte Debatten und das gemeinsame Finden von Lösungen, die unser Land nach vorne bringen.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Die Wintersession startet bald, ich will gut vorbereitet sein. Deswegen setze ich inhaltlich meine Arbeit und Analysen in den verschiedenen Dossiers fort. Ebenso stehe ich im Kontakt mit der FDP-Liberalen Fraktion im Bundeshaus, um mich möglichst rasch in die Arbeit einzubinden.

Neu gewählt



Heinz Theiler, Nationalrat SZ

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Für mich war es nicht das erste Mal, dass ich auf der Hauptliste kandidierte. Aber noch nie stand der Teamgedanke so stark im Vordergrund wie in diesem Jahr. Unsere Partei hat sich kräftig in diesen Wahlkampf hineingekniet und die Sensation geschafft: Nun besetzen wir zwei der sechs Schwyzer Sitze in Bundesbern. Ich fühlte mich während des ganzen Wahlkampfs stark von der Parteibasis getragen – und diese Ausstrahlung hat sich nach aussen übertragen. Ein tolles Gefühl!

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Als Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes und damit Mitglied der Gewerbekammer stehen bei mir natürlich die Interessen der Gewerblerinnen und Gewerbler zuoberst auf der Traktandenliste. Als langjähriger Finanzpolitiker im Kantonsparlament sind mir aber auch Steuerthemen und die Attraktivität des Werkplatzes Schweiz ein Anliegen. Dazu gehören auch die Themen der Infrastruktur und Verkehrsanbindungen.

Worauf freuen Sie sich?

Nach zwölf Jahren im Schwyzer Kantonsparlament freut es mich unglaublich, in Bern ein neues Kapitel aufschlagen zu dürfen. Ich bin stolz, dass ich als Carrosseriemeister die Stimme der Gewerbler sein, als Innerschwyzer die Bergregionen vertreten und als Liberaler für unsere Überzeugungen einstehen darf. Ich erachte es als Privileg, dem ich mit Demut begegne – denn jetzt beginnt die wirkliche Arbeit, die Bewährungsprobe.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Auf der einen Seite muss ich meinen Carrosseriebetrieb mit acht Angestellten anders organisieren, was ich mit meinen Mitarbeitenden bereits abgesprochen habe. Auf der anderen Seite habe ich mit Petra Gössi wohl die versierteste Person, mit der ich mich schon seit dem Wahlsonntag regelmässig über die bevorstehenden Herausforderungen austausche. Die Vorfreude ist sehr gross und ich hoffe, dass sie noch lange anhält.



Simon Michel, Nationalrat SO

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Wir waren im Team von Anfang an gut aufgestellt, haben die vergangenen Wahlen analysiert und unsere Strategie und Ziele festgelegt. Unsere Partei braucht wieder mehr Unternehmer und Praktiker, um in der Bevölkerung glaubwürdig zu sein. Also haben wir uns darauf fokussiert. Im Kanton Solothurn kam erschwerend dazu, dass wir uns auf zwei geografische Listen aufgeteilt haben. Im Nachhinein müssen wir eingestehen, dass das ein Fehler war. Auch bei uns hat die FDP Wähleranteile verloren. Die zusätzlich erhoffte Mobilisierung durch zwei Listen vermochte den nationalen Trend nicht bremsen. Die Stimmung und die Zusammenarbeit in der Partei waren aber von Anfang an gut. Ich war beeindruckt ab dem Wahlkampf von Daniel Probst, Markus Spielmann und Martin Rufer. Sie gehören nach Bern. Sie können das.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Während ich im Kanton auf Finanzen und Sport fokussiere, werde ich mich auf nationaler Ebene verstärkt mit aussenpolitischen und wirtschaftsrelevanten Fragestellungen auseinandersetzen wollen. Die Kommissionen für die 52. Legislatur sind aber in der Fraktion noch nicht abschliessend zugeteilt.

Worauf freuen Sie sich?

Auf die vielen Begegnungen und die Möglichkeit, mein Netzwerk und Wissen für unsere liberalen Werte einzubringen. Zudem muss es uns als Partei gelingen, den Rückgang zu stoppen und wieder Wähleranteile zu gewinnen. Auch dafür werde ich mich einsetzen. Ich will einen Beitrag leisten, dass Freisinnige, die wir an SVP und GLP verloren haben, zurück nach Hause kommen. Dafür müssen wir einfacher und pointierter werden. Wir müssen auf Themen fokussieren, die für unsere Bevölkerung wirklich relevant sind. Der Kanton Bern zum Beispiel hat viermal mehr Sitze im Nationalrat als Solothurn, aber auch bloss einen FDP-Vertreter. Das kann nicht sein.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Bei Ypsomed bin ich gut aufgestellt. Wir haben starke Teams mit viel Eigenverantwortung und Kompetenz. Politisch stelle ich aktuell meinen Stab zusammen: Planung, Logistik, Inhalte, Kommunikation. Leider werde ich einige meiner aktuellen Mandate abgeben müssen. Das bedaure ich, ist aber normal.



Bettina Balmer, Nationalrätin ZH

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war intensiv, aber auch positiv. Unterstützung zu spüren, gibt viel Energie. Es war toll, wie viele Leute mir geholfen und mich beim Wahlkampf unterstützt haben. Weniger schön war der bürokratische Aufwand, den die neuen Transparenzvorschriften verursacht haben

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Als Ärztin liegt mir natürlich die Gesundheitspolitik nahe. Dadurch wurde ich politisiert und will mich deshalb auch einbringen. Zudem freue ich mich darauf, die Individualbesteuerung im politischen Prozess zu begleiten, da mir diese am Herzen liegt. Ich interessiere mich aber auch für Innovationsthemen und den Werkplatz Schweiz.

Worauf freuen Sie sich?

Ich freue mich auf den Parlamentsbetrieb, neue Leute und Bekanntschaften. Einen kleinen Teil zur Schweiz beizutragen, wird sicher spannend, wobei ich auch Respekt vor dieser Aufgabe habe.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Ich lese alle Unterlagen und spreche mit bisherigen Parlamentariern. Dazu kommt Organisatorisches. Ich suche eine Assistenz und muss meinen Dienstplan im Spital anpassen.









QR-Code scannen und selbst auf Punktejagd gehen.

Mit schnellem Finger zu schnellem Internet

Erfolgreiche FDP-Parlamentarier

Die Initiative «CHANCE5G» hat das Onlinespiel «5G. The Game» lanciert. Auf spielerische Art und Weise soll damit die Bevölkerung für das Thema und die Wichtigkeit einer leistungsfähigen, flächendeckenden sowie nachhaltigen Mobilfunkinfrastruktur sensibilisiert werden.

Im Onlinespiel «5G. The Game» geht es darum, die Nachfrage nach Mobilfunkverbindungen zufriedenzustellen. Personen erscheinen auf dem Spielfeld und wollen sich mit einem mobilen Netz verbinden. Allerdings hält sich ihre Geduld bezüglich Netzqualität in Grenzen. Es gilt darum, zu verhindern, dass fehlende und schlechte Verbindungen Zufriedenheitspunkte kosten. Antennen sollen zudem clever platziert und fortlaufend auf die modernste Mobilfunkgeneration aktualisiert werden. Je stabiler Spielerinnen und Spieler das Netz halten, umso höher steigt die Punktezahl. Ärgern sich zu viele Personen über fehlende Verbindungen, führt das zum Ende des Spiels. «Wie im richtigen Leben, ärgern sich auch im <5G. The Game> Personen über schlechte Verbindungen», sagt Ständerat Hans Wicki.

5G auf spielerische Art entdecken

Warum dieses Spiel? Wir nutzen stetig mehr mobile Daten. Die heutigen Mobilfunknetze stossen daher an ihre Grenzen und müssen ausgebaut werden. Dies erfolgt sinnvollerweise mit der neusten Tech-

nologie. 5G ist die Weiterentwicklung des heutigen Mobilfunkstandards 4G und ermöglicht, dass unsere Mobilfunknetze die steigenden Anforderungen auch in Zukunft zuverlässig erfüllen können. Dafür setzt sich die Initiative «CHANCE5G» ein, und das will dieses Spiel auf eine einfache und eingängige Art und Weise aufzeigen.

Wer schlägt die FDP-Parlamentarier?

Im Zuge der Lancierung des Spiels haben verschiedene Botschafterinnen und Botschafter von «CHANCE5G» das Spiel ausprobiert – so auch FDP-Parlamentarier. Besonders erfolgreich waren dabei der Zürcher Nationalrat Andri Silberschmidt sowie Ständerat Andrea Caroni aus Appenzell-Ausserrhoden. Sie halten zurzeit den Rekord mit 118 bzw. 112 Punkten. Die beiden sind sich einig: «Das Game ist einfach zu spielen, macht aber grossen Spass. Zudem vermittelt es einen wertvollen Eindruck zum Thema. Diese Mischung ist gut gelungen und wir sind gespannt, wer alles unseren Punkterekord übertreffen wird.



Punktestand der FDP-Parlamentarier

Andri Silberschmidt: 118
Andrea Caroni: 112
Marcel Dobler: 77
Christian Wasserfallen: 45
Josef Dittli: 31
Hans Wicki: 18

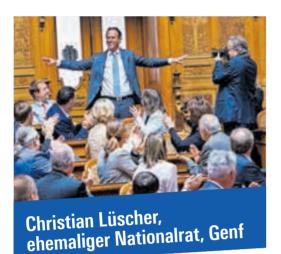
Die Duelle der FDP-Parlamentarier lassen sich hier nachschauen:



Adieu Bundeshaus

Rückblicke und Erinnerungen

Neun abtretende Fraktionsmitglieder erinnern sich an prägende Momente und Erfolge während ihrer Amtszeit und blicken mit etwas Wehmut auf die Arbeit im Parlament zurück.



«Ich weiss noch, wie ich als neuer Nationalrat das erste Mal mit dem Zug nach Bern fuhr, zusammen mit dem ebenfalls frisch gewählten Hugues Hiltpold. Wir kamen aus dem Bahnhof und schauten uns an. Niemand von uns wusste, wo sich das Bundeshaus befindet.»



«Als Vertreter und Unterstützer des Rechtsstaates war es ein Erfolg und eine Freude, dass wir die Masseneinwanderungsinitiative rechtsstaatlich umsetzen konnten. Dies gelang uns, ohne das Freizügigkeitsabkommen der Bilateralen zu verletzen.»



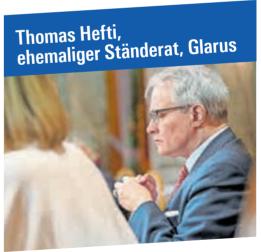
«Ein Highlight war, als wir mit der Band Fraktionszwang zum Legislaturende in der Galerie des Alpes im Bundeshaus gespielt haben. Die Stimmung war so gut, dass alle getanzt und parteiübergreifend gefeiert haben. Meine Kolleginnen und Kollegen im Bundeshaus werde ich daher sicher vermissen und pflege die Kontakte deshalb sicher auch weiterhin.»



«Die Bundesratswahlen waren jeweils besondere Momente in meiner 16-jährigen Amtszeit. Eine Bundesratswahl ist ein Höhepunkt unserer Demokratie. Es gibt Wahlgang um Wahlgang, die Stimmung ist aussergewöhnlich, und irgendwann weiss jemand, dass er oder sie in den Bundesrat gewählt wurde. Das waren jeweils erinnerungswürdige Momente.»



«Es war mir jeweils eine besonders grosse Freude, wenn wir etwas überparteilich erreicht hatten, beispielsweise die parlamentarische Gruppe Patientenverfügung oder die parlamentarische Gruppe Cyber: alles, was grosse Anliegen aufnimmt und gemeinsam umgesetzt wird. Deshalb werde ich auch viele Kolleginnen und Kollegen im Parlament vermissen.»



«Als Ständeratspräsident war ich auf einer Delegationsreise in London. Meine Frau sagte mir: «Wenn du nicht weisst, was sagen, sag einfach: God save the Queen!» Wir waren im House of Lords in einem Restaurant, und es gab einen Toast, den ich erwidern musste. Der Anfang gelang mir recht gut und auch die folgenden paar Sätze. Dann wusste ich nicht mehr weiter und sagte: «God save the Queen!» Alle standen auf, hoben ihr Glas, und der Gastgeber sagte: «God save the Bundesrat!»»



«Die Sitzungen, in denen man wichtige Entscheidungen fällt, werden mir sicher fehlen. Aber es ist auch gut, aufzuhören und neuen Leuten das Steuer zu übergeben. Für mich ist wichtig, dass unser Handeln fortgesetzt wird, schliesslich ist niemand unsterblich. Ich werde das Amt vermissen, aber die Leere wird kurz sein.»



«Meine Vereidigung im Parlament war sehr emotional. Wenn man den Eid ablegt, die Hand und die drei Finger zum Schwur erhebt, ist das unvergesslich.»



«Persönliche Erfolge sind in einer Demokratie eine schwierige Definition, weil Erfolg immer auf einer Mehrheit basiert und viele daran beteiligt sind. Bei mir würde ich aber den Innovationspark Dübendorf nennen, der zustande kam, ausserdem die Hilfen für die Wirtschaft während der Covidpandemie, die sehr wichtig waren.»



Schlanke digitale Prozesse sind in der öffentlichen Verwaltung Mangelware. Nationalrätin Regine Sauter zeigt in ihrem Beitrag auf, wo noch besonders viel Potenzial brachliegt.

Die Schweiz steht im europäischen Vergleich in Bezug auf die Digitalisierung der Verwaltung nicht gut da. Gemäss dem eGovernment Benchmark 2022 liegt sie hinter Polen gerade mal auf Platz 28 von 35. In der öffentlichen Verwaltung werden Prozesse immer noch häufig «traditionell» abgewickelt. Online-Anwendungen, die Behördengänge für alle effizienter machen würden, sind nur rudimentär vorhanden. Das ist störend, denn durch den Abbau bürokratischer Hürden und die Digitalisierung der Verwaltung könnten effiziente Prozesse gefördert und knappe Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden.

Auch das Schweizer Gesundheitswesen ist in Bezug auf die Digitalisierung noch nicht ganz im 21. Jahrhundert angekommen. Gerade hier wäre aber das Potenzial gross. Im Spital kann die Digitalisierung dazu beitragen, medizinische Fachpersonen von administrativen Arbeiten zu entlasten. Heute geht zu viel Zeit für Bürokratie verloren. Mit einer sinnvollen digitalen Unterstützung könnten Pflegende und Ärztinnen und Ärzte wieder mehr Zeit bei den Patientinnen und Patienten verbringen. Die längst fällige flächendeckende Einführung des elektronischen Patientendossiers (EPD) und die damit verbundene vollständige Verfügbarkeit von Daten bei Behandlung könnten Doppelspurigkeit verhindern und die Behandlungsqualität verbessern. Damit würde das EPD einen wichtigen Beitrag zur Dämpfung der Gesundheitskosten leisten. Gleichzeitig könnte eine bessere anonymisierte Verfügbarkeit von Daten einen wichtigen Beitrag für die Forschung leisten und damit den Innovationsstandort Schweiz stärken.

Erfolgreiche Motion

Das Ziel der Digitalisierung ist klar, die Umsetzung muss nun Realität werden. Neben der Verbreitung des EPD braucht es weitere Massnahmen, die Medienbrüche verhindern, wie zum Beispiel die flächendeckende Einführung des elektronischen Rezepts. Bisher kennt die Schweiz weder eine gesetzliche Verpflichtung noch Anreize für den Gebrauch von E-Rezepten. Dies ändert sich bald: Ende Mai hat nach dem Nationalrat auch der Ständerat meiner Motion «Einführung eines E-Rezepts» zugestimmt. Darin habe ich gefordert, dass Rezepte grundsätzlich digital ausgestellt werden.

Das digitale Rezept weist verschiedene Vorteile auf. Mit hohen Anforderungen an Datensicherheit und Authentifikation der Leistungserbringer und Patientinnen und Patienten können Rezeptfälschungen und nicht erlaubte Mehrfacheinlösungen ausgeschlossen werden. Die erleichterte Lesbarkeit vermindert zudem das Risiko von Fehlmedikationen

Von einem effizienten digitalen Gesundheitssystem profitieren am Ende alle: die Patientinnen und Patienten, das Gesundheitspersonal und nicht zuletzt auch die ganze Wirtschaft.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Altersvorsorge

Die Renteninitiative sichert die Renten kommender Generationen. Foto: iStock/Ljupco.



Der AHV drohen in den nächsten Jahren grosse Finanzierungslücken. Obwohl die Probleme bekannt sind, verweigert sich die Mehrheit des Parlaments einer nachhaltigen Lösung. Deshalb braucht es am 3. März 2024 ein Ja zur Renteninitiative. Andernfalls drohen tiefrote Zahlen und Schulden zulasten kommender Generationen.

In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Altersstruktur der Schweiz stark verändert. Seit 1970 ist die Wohnbevölkerung um 40 Prozent gewachsen, die Zahl der über 65-Jährigen ist im gleichen Zeitraum um 129 Prozent gestiegen, insgesamt leben über 1,6 Mio. Menschen in der Schweiz, die das Rentenalter erreicht haben. Im Jahr 2050 werden es bereits 2,7 Mio. sein. Diese gewaltige demografische Veränderung wirkt sich direkt auf die Altersvorsorge aus. Für die Finanzierung einer einzigen AHV-Rente stehen immer weniger Erwerbstätige zur Verfügung. Bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 kamen auf eine Rentnerin 6,5 Erwerbstätige, heute sind es noch 3 und im Jahr 2050 nur noch 2.

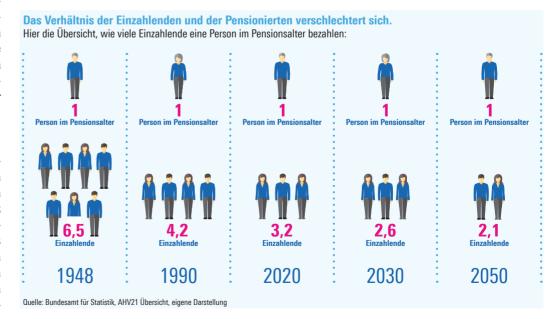
Jetzt handeln!

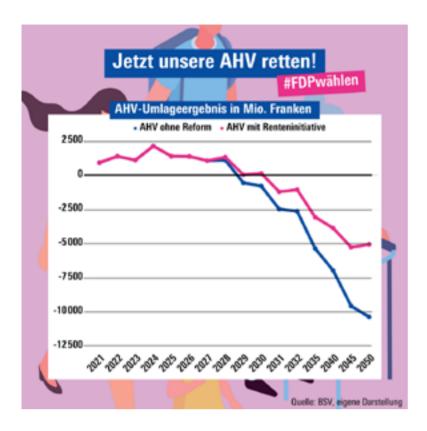
Dass dieses Missverhältnis mittelfristig zu Problemen führt, dürfte jedem klar sein, der nicht den Kopf in den Sand steckt. Dank der Minireform AHV 21 ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz nämlich noch schuldenfrei – noch. Doch die Aussichten sind besorgniserregend. Aufgrund eingangs beschriebener Entwicklungen steigen die Ausgaben der AHV in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stark an, während die Einnahmen nicht mithalten können. In der Folge verschlechtert sich das Umla-

geergebnis der AHV massiv, sprich: Sie gibt mehr aus, als sie einnimmt. Das Positive an dieser Ausgangslage ist, dass die Probleme nicht urplötzlich aus dem Nichts auftauchen, sondern mit jahrelanger Vorlaufzeit bekannt sind und dementsprechend angegangen werden können. Negativ ist, dass ein Grossteil der Parteien die Augen vor diesen Realitäten verschliesst und nichts dagegen unternimmt. Ganz nach dem Prinzip Hoffnung oder nach dem Credo «nach mir die Sintflut». Beide Haltungen zeugen nicht von einer verantwortungsvollen Politik.

AHV mit Zukunft

Wer die AHV nachhaltig finanzieren will, damit auch heutige Erwerbstätige dereinst eine AHV-Rente erhalten, kann an vier Stellschrauben drehen: Rentenalter erhöhen, Renten kürzen, AHV-Beiträge erhöhen oder mehr Steuergelder in die AHV stecken. Nachdem mit der Reform AHV 21 das Rentenalter der Frauen angeglichen sowie die Mehrwertsteuer erhöht wurde, braucht es neue Ansätze. Hier kommt die Renteninitiative ins Spiel. Da die







Parlamentsmehrheit bisher nicht willens war, die AHV nachhaltig zu sichern, haben Jungfreisinnige und FDP eine Initiative eingereicht, um die Forderung nach sicheren Renten für kommende Generationen aufs politische Tapet zu bringen. Nun kommt die Renteninitiative am 3. März 2024 an die Urne, und die Bevölkerung kann Ja sagen zu einem Modell, das die AHV auf eine zukunftsfähige Basis stellt.

Entpolitisierung ist notwendig

Ziel der Renteninitiative ist es, eine nachhaltige Lösung für die Altersvorsorge zu finden. Die Renteninitiative sichert die AHV langfristig, indem das Rentenalter in einem ersten Schritt bis 2032 auf 66 erhöht und anschliessend mit der Lebenserwartung verknüpft wird. So wird das Rentenalter entpolitisiert, und die Renten bleiben auch in Zukunft gesichert. Dies gelingt in zwei Schritten: Zuerst erfolgt eine Erhöhung des Rentenalters von Männern und Frauen auf 66 Jahre bis ins Jahr 2032. Die genaue Umsetzung ist dem Bundesrat überlassen. In einem zweiten Schritt wird das Rentenalter mit der durchschnittlichen Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung verknüpft. Steigt die Lebenserwartung an, erhöht sich auch das Rentenalter. Das Rentenalter erhöht sich aber nicht parallel zur Lebenserwartung, sondern mit dem Faktor 0,8. Das heisst, wenn sich die Lebenserwartung bis im Jahr 2050 um zwei Jahre erhöht, steigt das Rentenalter lediglich um 19 Monate. Die Anpassungen erfolgen jährlich in Schritten von höchstens zwei Monaten, und Betroffene werden fünf Jahre vor Erreichen, des Rentenalters informiert. Das Anliegen ist moderat,



besonders im europäischen Kontext. Deutschland, Frankreich, Italien, England und weitere Staaten haben das Rentenalter 67 längst beschlossen und dieses teilweise ebenfalls mit der Lebenserwartung verknüpft.

Mit der Renteninitiative schaffen wir Fairness für künftige Generationen, und der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt bleibt gewahrt. Dank der Entpolitisierung entziehen wir die Sicherung der AHV dem Primat der Politik, die bisher nicht imstande ist, diese gewaltige Herausforderung anzunehmen. Die FDP gibt einer konstruktiven Lösung gegenüber ignoranter Ideologie immer den Vorrang. Deshalb kämpfen wir gemeinsam für ein Ja zur Renteninitiative. Für eine starke AHV – heute und auch in Zukunft!

Marco Wölfli

Aussenwirtschaftspolitik

Für die Maschinenindustrie ist ein ungehinderter Marktzugang besonders wichtig. Foto: Swissmem



«Mit Blick auf den europäischen Markt ist der ungehinderte Marktzugang für Schweizer Unternehmen eine wichtige Chance.»

In einer globalisierten Welt ist der freie Zugang zu internationalen Märkten für Schweizer Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Er verbessert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportindustrie nachhaltig. Der Zugang zu diesen Märkten ist indes mit Herausforderungen verbunden – sowohl international wie auch in Europa.

Die Schweiz verfügt derzeit weltweit über mehr als 30 Freihandelsabkommen, welche vorab durch Zollabbau Handelshemmnisse ausräumen. Darunter befinden sich wichtige Märkte wie die EU, China, Grossbritannien, Indonesien und Kanada. Weitere wichtige Märkte konnten hingegen noch nicht durch Freihandelsabkommen erschlossen werden, da die Verhandlungen noch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Beispiele sind die USA, Indien und die Mercosur-Staaten. Die Option, mit diesen Staaten weiter zu verhandeln, muss gewahrt werden.

Herausforderungen im europäischen Umfeld

Mit Blick auf den europäischen Markt ist der ungehinderte Marktzugang für Schweizer Unternehmen eine wichtige Chance. Die EU ist die grösste Handelspartnerin der Schweiz. Dieser Marktzugang ist für Schweizer Unternehmen trotz bestehender bilateraler Verträge bisweilen mit Einschränkungen verbunden. Die Rechtsordnungen der Schweiz und der EU sind unterschiedlich und die Schweiz ist aus Sicht der Union ein Drittstaat. Aufgrund bürokratischer Hürden erleiden Schweizer Unternehmen, welche ihre Produkte oder

Dienstleistungen in die EU exportieren möchten, Nachteile. Beispiele aus der Praxis finden sich bei der Zulassung von Medizinalprodukten oder der Abwicklung der europäischen Mehrwertsteuer, wo Unternehmungen mit Ansässigkeit in der Union gegenüber jenen ohne Niederlassung bessergestellt sind. Dies kann insbesondere Schweizer Start-ups oder KMU treffen.

Ein weiteres Hindernis ist der wachsende Protektionismus in der EU. Die EU schützt eigene Standards dadurch, dass sie Unternehmen aus Drittstaaten zur Einhaltung eigener Regelungen verpflichtet – unabhängig davon, ob das Unternehmen dort ansässig ist. So sieht beispielsweise die jüngst in Kraft getretene «EU-Verordnung über Subventionen aus Drittstaaten» mit Bezug auf Unternehmenszusammenschlüsse und das öffentliche Vergaberecht neue Melde- und Genehmigungspflichten für bestimmte Unternehmen aus Nicht-EU-Staaten vor. Im schlimmsten Fall drohen der Ausschluss des Unternehmens aus dem öffentlichen Vergabeprozess oder die Rückabwicklung des Unternehmenszusammenschlusses.

Weitere Gesetzesprojekte mit ähnlicher Wirkung sind bereits angedacht: Die EU denkt bei-

spielsweise über neue Sorgfalts- und Registrierungspflichten für Steuer- und Rechtsberater aus Nicht-EU-Staaten nach, sofern diese grenzüberschreitend beraten.

Herausforderungen erfordern liberale Lösungen

Diese Nachteile lassen sich nur zum Teil unilateral durch Angleichung von Regelungen und Standards beheben. Deshalb ist es zentral, dass die Beziehung mit der EU mittel- und langfristig auf gesunden Beinen steht. Es ist wichtig, dass die EU und die Schweiz ihre bilaterale Zusammenarbeit weiterhin stärken und den Dialog über Handelsfragen aufrechterhalten. Die Schweizer Rechtsordnung soll dabei von der EU möglichst als äquivalent angesehen werden.

Eine liberale Wirtschafts- und Handelspolitik kann schliesslich dazu beitragen, den internationalen Marktzugang für Schweizer Unternehmen zu erleichtern und das Potenzial der wirtschaftlichen Zusammenarbeit voll auszuschöpfen.

Petra Gössi, Ständerätin SZ

Gesundheitspolitik

Planlos mehr Steuergeld ins bereits teure Gesundheitssystem zu pumpen, ist keine sinnvolle Lösung. Foto: Montage FDP



mit höheren Steuern lösen möchte. Im Gesundheitswesen wären die Auswüchse dieser Politik besonders fatal.

Die Sozialdemokraten sind fantastisch. Für jedes Problem, jede Herausforderung und jede Sorge haben sie die passende Lösung: Steuern. Das sage übrigens nicht ich, sondern SP-Co-Präsident Cédric Wermuth in einem Tweet, der diese Haltung klar zum Ausdruck brachte.



Da Wermuths Lösung überall gilt, serviert uns die SP das gleiche Rezept auch bei den Krankenkassenprämien. Wenn es darum geht, den Bürgern in die Taschen zu greifen, beweisen die Sozialdemokraten unerwarteten Einfallsreichtum.

Mehr Steuern = höhere Gesundheitskosten

Es ist ein Kinderspiel. Wir multiplizieren die direkte Bundessteuer mit 342 Prozent. Wie dumm von uns, dass wir nicht schon früher darauf gekommen sind. Natürlich werden SP-Wähler, die keine Steuern zahlen und das in ihrem Leben auch nicht mehr vorhaben, überhaupt keine Krankenkassenprämien mehr zahlen müssen. Für die Mehrheit werden die Prämien zudem sinken. Es ist pure Magie.

Es ist November und schon Weihnachten. Mit dem SP-Vorschlag werden die Gesundheitskosten um 5 Milliarden Franken erhöht. Wir wissen zwar nicht, wofür die 5 Milliarden Franken ausgegeben werden, aber es ist eine tolle Sache. Das kann man nicht erfinden: Die Sozialdemokraten glauben, dass die Lösung gegen steigende Gesundheitskosten steigende Gesundheitskosten sind.

Steuerhölle Schweiz

Wie gelingt der ganze Zauber? Natürlich durch die monströse Steuerprogression. Die hohen Einkommensklassen, die der SP ohnehin ein Dorn im Auge sind, werden gnadenlos bestraft. Mit dem Vorschlag der SP, damit wir keine Krankenkassenprämien mehr zahlen müssen, wird der durchschnittliche Einkommensteuersatz in der Schweiz für die Reichsten 70 Prozent erreichen. Frankreich mit seinem Höchstsatz von 45 Prozent erscheint daneben als Steuerparadies. Die Schweiz dagegen befände sich auf einem Höllenritt.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Angesichts des nahenden Legislaturbeginns wird die SP uns vielleicht die proletarische Revolution vorschlagen. Ob es darin noch Platz für Spitzenverdiener hat, ist unklar. Aber das ist eine andere Debatte. Im Zuge der grossen Umverteilung kann man das Programm immer noch durch einige Zwangsmassnahmen ergänzen, um die Mutigsten davon abzuhalten, nach Wohlstand zu streben.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Die Kolumne erschien zuerst bei blick.ch Romandie



FDP-Lösungen für ein hochstehendes und bezahlbares Gesundheitssystem.

Ausblick Wintersession

Neugewählte Parlamentarier nehmen im Dezember erstmals im Bundeshaus Platz. Foto: Parlamentsdienste



Bereits im Dezember müssen die Parlamentarier heikle Entscheide fällen und das Budget beraten. Doch es gibt auch angenehme Überraschungen.

Alles neu macht der Dezember. Zumindest im Parlament beginnt Ende des Jahres die neue Legislaturperiode. Das bedeutet viel Gestikulieren, Feiern und Taktieren. Allein die neue Sitzordnung im National- und Ständeratssaal ist ein Politikum. Die grossen Parteien sitzen hinten, die weniger grossen vorne. Dasselbe gilt im Kleinen für die Parlamentarier, wo traditionell die Schwergewichte in den hinteren Reihen Platz nehmen (fast wie in der Schule).

Generell sind die Wahlen zu den höchsten Ämtern eine ausgemachte Sache. So steht bereits im Voraus fest, dass Viola Amherd Bundespräsidentin wird, Eva Herzog den Ständerat präsidiert und mit Eric Nussbaumer ein Baselbieter höchster Schweizer wird. Das wird natürlich gefeiert: Mit zwei Ausflügen inklusive Extrazug reisen die Präsidentinnen und der Präsident in ihre Heimat, denn die beiden Basel planen ein gemeinsames Fest.

Mehr Spannung versprechen die Ersatzwahlen in den Bundesrat, wo es um die Neubesetzung des

Sitzes von Alain Berset und um die Wahl des Nachfolgers von Bundeskanzler Walter Thurnherr geht. Wer das Rennen machen wird, wissen wir erst am 13. Dezember. Vorher wird spekuliert und an der «Nacht der langen Messer» in der Bellevuebar werden vermeintliche Absprachen getroffen. Wie immer bei Bundesratswahlen gilt: Gewählt ist nur, wer das absolute Mehr erreicht, also mehr als die Hälfte aller Stimmen erhält. Das erkennt man auch an der Sprache des Nationalratspräsidenten, der das Ergebnis verkündet. Spricht er von «Stimmen haben erhalten», geht es in einen weiteren Wahlgang.

CO₂-Gesetz und Budgetberatung

In der Session wird aber auch Politik gemacht. Das CO₂-Gesetz geht in den Nationalrat. Damit werden die Weichen für die künftige Klimapolitik der Schweiz gestellt. Mit Anreizen statt Verboten soll die Bevölkerung zum Klimaschutz motiviert werden. So will es das Volk, das im Juni das Klima-

schutzgesetz (KIG) an der Urne angenommen hat. Dieses stellt die Weichen auf dem Weg zum Netto-Null-Ziel. Konkrete Vorgaben zur Zielerreichung macht das KIG aber nicht. Diese müssen in separaten Gesetzen geregelt werden, in einem ersten Schritt nun mit dem CO₂-Gesetz.

Gleichzeitig wird traditionell in der Wintersession das Budget beraten. Eine nicht ganz einfache Aufgabe, denn um die Schuldenbremse einzuhalten und künftige Generationen nicht zu belasten, muss verhindert werden, dass die Politiker das Geld mit beiden Händen ausgeben. Dass dies nicht geschieht, dafür sorgt auch Bundesrätin Karin Keller-Sutter, die einen ausgewogenen Vorschlag präsentiert. Die Parlamentarier wären gut beraten, ihr zu folgen. Wohin eine hohe Verschuldung führt, kann man derzeit in vielen EU-Ländern beobachten, die trotz Milliardenschulden nicht aus ihren hausgemachten Problemen herauskommen.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

KOLUMNE

Schlankere Regulierung, weniger staatliche Wettbewerbsverzerrung

Die Freiheit wirtschaftlicher Entfaltung zu verteidigen, ist eine Daueraufgabe. Zwei Beispiele von der Front:

Übermässige Bürokratie belästigt und behindert Menschen in ihrer freien Lebens- und Unternehmensführung. Bevor das Parlament neue Gesetze beschliesst, muss es sich daher über die bürokratischen Kosten im Klaren sein. Leider werden die entsprechenden Einschätzungen von der Verwaltung selbst gemacht – der Regulator beurteilt also sein eigenes Werk. Die FDP fordert daher seit langem und mit Nachdruck eine unabhängige Regulierungsfolgeabschätzung (RFA). Die Räte nahmen unsere Fraktionsmotion hierzu zwar an, doch der Bundesrat verweigerte die Umsetzung. Daher bringen wir es direkt in die laufende Gesetzgebung zur Unternehmensentlastung ein, als Nächstes ist der Nationalrat gefordert.



Ebenso ärgerlich ist es für private Unternehmen, wenn Staatsbetriebe sich immer stärker auf an sich privaten Märkten ausdehnen. Mit ihren längeren Spiessen (Steuerfreiheit, Staatsgarantien, Teilmonopole, Quersubventionen) sorgen sie dort für unfairen Wettbewerb zulasten unserer KMU.

Dazu habe ich eine Motion eingereicht, die in beiden Räten erfolgreich überwiesen wurde. Der Ball liegt nun beim Bundesrat für einen Gesetzesentwurf, der unsere Unternehmen vor solch unfairem Wettbewerb durch Staatsunternehmen schützt.

Mit diesen und unzähligen weiteren Vorstössen kämpft die FDP für gute Rahmenbedingungen, die es den Menschen in unserem Land erlauben, durch freies Wirtschaften Wohlstand für alle zu erzeugen.

Andrea Caroni

Parteivizepräsident und Ständerat AR



